



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Keine enge Definition von Digitaler Souveränität im Vergaberecht

Aktuell seit 30.06.2026 09:04:36

Angegeben von:

Google Germany GmbH (R001794) am 23.10.2025

Beschreibung:

Der Entwurf des Vergabebeschleunigungsgesetzes zielt darauf ab, die öffentliche Beschaffung zu vereinfachen und zu digitalisieren. Allerdings weicht der Kabinettsentwurf vom Referentenentwurf ab, insbesondere durch die Erweiterung von § 128 Abs. 2 GWB um "Belange der Versorgungssicherheit oder der digitalen Souveränität". Diese Erweiterung birgt Risiken, da sie den Begriff der digitalen Souveränität einengt, die Rechtsunsicherheit erhöht und die Wettbewerbsfähigkeit sowie Innovationen hemmen könnte. Zudem könnte sie unbeabsichtigte Widersprüche zu den noch nicht verfügbaren Cloud Platform Requirements schaffen. Die Erweiterung sollte ersatzlos gestrichen werden.

Zu Regelungsentwurf

1. Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1934 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge

Zuständiges Ministerium: BMWE [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffene Interessenbereiche (1)

Kommunikations- und Informationstechnik [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffene Bundesgesetze (1)

GWB [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (3)

1. SG2510230025 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.10.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2510230027 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.10.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. SG2510270016 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.10.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]